

Der Brexit ist in aller Munde – und eigentlich haben wir es ja alle immer schon gewusst: Die Briten, oder besser: die Engländer pflegen anti-europäische Ressentiments und trauern der vergangenen Herrlichkeit des Empire nach, ohne Bereitschaft, sich den Folgen ihrer imperialistischen Vergangenheit zu stellen. Mathias Häußler hält sich nicht mit solchen Stereotypen auf, sondern zeigt auf der Basis einer fundierten Analyse der Forschung, dass die Wahrheit erheblich komplizierter ist und dass sich der Brexit mitnichten als zwangsläufige Konsequenz eines britischen Sonderwegs in Europa verstehen lässt. Die Haltung der britischen Regierungen und der britischen Öffentlichkeit war im Gegenteil wesentlich komplexer und Konjunkturen unterworfen, die innenpolitischen Konflikten ebenso folgten wie internationalen Krisen. Das Ergebnis des Brexit-Referendums vom Sommer 2016 ist letztlich das Resultat einer Koinzidenz von pfadabhängigen Entwicklungen und kontingenten Ereignissen.

Mathias Häußler

## Ein britischer Sonderweg?

Ein Forschungsbericht zur Rolle Großbritanniens bei der europäischen Integration seit 1945

### I. Im Zeichen des Brexit

Im Frühjahr 2016 erschütterte ein Historikerstreit die britische Forschungslandschaft. Im Zentrum stand die Debatte um einen historischen Sonderweg Großbritanniens, der das Land in eine ganz andere Richtung geführt habe als die anderen europäischen Staaten. Auslöser war das unmittelbar bevorstehende Referendum über Großbritanniens Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU). Insbesondere die *Historians for Britain*, eine Interessengruppe, die den Brexit historisch zu unterfüttern suchte, verfochten im Vorfeld der Abstimmung öffentlichkeitswirksam die These eines solchen Exzeptionalismus und begründeten diesen mit der jahrhundertelangen, ununterbrochenen Entwicklung des britischen Parlaments und Rechtssystems, dem weltumspannenden Empire sowie mit Großbritanniens Insellage.<sup>1</sup> Diese angeblich einzigartige Entwicklung zu einem demokratischen und souveränen Rechtsstaat, so die *Historians for Britain*, unterscheide Großbritannien grundlegend von den Staaten des Kontinents, deren Geschichte von Revolution, Krieg und Gewalt geprägt sei. In der britischen Historikerzunft rief diese These heftigen Widerspruch hervor; die Kritiker verwiesen dabei vor allem auf die Brüche in Großbritanniens eigener Geschichte und auf ihre Einbettung in

<sup>1</sup> Vgl. History Today vom 11.5.2015: „Britain. Apart from or a part of Europe?“, [www.historytoday.com/david-abulafia/britain-apart-or-part-europe](http://www.historytoday.com/david-abulafia/britain-apart-or-part-europe) [5.12.2018].

größere europäische Entwicklungslinien.<sup>2</sup> Trotz all dieser Einwände ist das Motiv eines britischen Sonderwegs in aktuellen Brexit-Debatten nach wie vor präsent. Selbst Historikerinnen und Historiker, die sich explizit mit Großbritannien und der europäischen Integration seit 1945 beschäftigen, stellen der vermeintlich normalen Entwicklung der Gründungsmitglieder der heutigen EU häufig eine abweichende Entwicklung Großbritanniens gegenüber, und suchen in einer Art Nabelschau Antworten auf die Frage, warum das Land dem Prozess der europäischen Integration skeptisch oder gar ablehnend begegnete.

Das knappe Resultat des britischen Referendums – 51,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmte für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU –, hat dieser bislang wenig beachteten Debatte plötzlich große Aufmerksamkeit beschert. Wer jedoch einen ausführlichen Forschungsüberblick, zumal in deutscher Sprache, sucht, wurde bis dato enttäuscht.<sup>3</sup> Der hier vorliegende Aufsatz soll diese Lücke schließen. Ziel ist es, aktuelle Studien zu Großbritanniens Rolle im Prozess der europäischen Integration kritisch zu hinterfragen und, davon ausgehend, neue Forschungsansätze zum besseren Verständnis der britischen Europapolitik nach 1945 aufzuzeigen. Dem methodischen Instrumentarium der Zeitgeschichte kommt dabei besondere Bedeutung zu, da sich damit zeitgenössische Deutungen wie das Narrativ vom Sonderweg konsequent historisieren und ihre oftmals konstitutiven Wirkungen auf zentrale Akteure gewichten lassen.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang ist insbesondere der historische Vergleich von Interesse, der für Studien zur britischen Europapolitik immer noch in den Kinderschuhen steckt. Im Mittelpunkt des Aufsatzes stehen vier zentrale Episoden britischer Europapolitik: die Jahre zwischen 1945 und der ersten britischen Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1961, die Zeit des unfreiwilligen Ausschlusses Großbritanniens vom europäischen Integrationsprozess zwischen 1961 und 1973, die Rolle Großbritanniens in der EG zwischen dem britischen Beitritt 1973 und der deutschen Wiedervereinigung 1990 und schließlich die Entstehung der heutigen Europaskepsis seit den 1990er Jahren.

Wenn hier mit dem Begriff Sonderweg operiert wird, geht es um die These eines vermeintlichen britischen Sonderwegs im Prozess der europäischen Integra-

<sup>2</sup> Vgl. History Today vom 18.5.2015: „Fog in Channel, Historians Isolated. An open letter in response to the Historians for Britain campaign“; [www.historytoday.com/various-authors/fog-channel-historians-isolated](http://www.historytoday.com/various-authors/fog-channel-historians-isolated) [5.12.2018]. Für einen Überblick der Debatte vgl. Financial Times vom 13.5.2016: „Rival historians trade blows over Brexit“. Allgemeiner vgl. Norman Davies, *The Isles. A History*, London 1999; Jeremy Black, *Convergence or Divergence? Britain and the Continent*, London 1994, und Linda Colley, *Britons. Forging the Nation, 1707–1837*, New Haven 1992.

<sup>3</sup> Für eine historiografische Analyse in englischer Sprache vgl. Oliver Daddow, *Britain and Europe since 1945. Historiographical Perspectives on Integration*, Manchester 2004.

<sup>4</sup> Zum Potenzial der Zeitgeschichte in aktuellen politischen Debatten vgl. auch Andreas Wirsching, *Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft? Zur Relevanz der Zeitgeschichte als Wissenschaft heute*, in: *Zeitgeschichte-online*, 19.4.2018; [www.zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft](http://www.zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft) [5.12.2018], und Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *VfZ* 59 (2011), S. 479–508.

tion seit 1945, wobei zwischen zwei unterschiedlichen Interpretationslinien unterschieden werden muss. Die erste suggeriert eine scheinbar ewige Außenseiterrolle Großbritanniens, die sich in einer destruktiven Europapolitik manifestiert habe. Für eine zweite, darauf aufbauende Interpretationslinie ist die destruktive Haltung Großbritanniens bereits die Voraussetzung, um diese Sonderrolle mit der historischen Entwicklung des Vereinigten Königreichs zu erklären. Der vorliegende Forschungsbericht geht auf beide Debatten ein; einerseits betont er die Normalität britischer Europapolitik seit 1945, andererseits arbeitet er die konkrete Genese des Narrativs vom Sonderweg im Kontext der späten 1980er Jahre heraus. Daher geht es nicht um Großbritanniens vermeintlich exzeptionelle historische Entwicklung seit vielen Jahrhunderten, sondern vielmehr um die Entstehung und Funktion solcher Narrative in Debatten zur britischen Rolle im Prozess der europäischen Integration nach 1945.

## II. Ein Sonderweg außerhalb der europäischen Institutionen? 1945 bis 1961

Im Anfang war Winston Churchill. Der Aufruf des ehemaligen Premierministers im September 1946, „eine Art Vereinigte Staaten von Europa“ zu gründen, gilt auch heute noch als Zeichen einer vermeintlichen britischen Europaeuphorie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren.<sup>5</sup> Und in der Tat spielten britische Akteure in den späten 1940er Jahren eine aktive und häufig entscheidende Rolle bei der Gestaltung der politischen Strukturen Europas. Sie reagierten dabei nicht zuletzt auch auf die nationalsozialistischen Europapläne und auf die veränderte geopolitische Lage im Kalten Krieg. Die neuere Forschung betont insbesondere den starken britischen Einfluss beim Aufbau des Europarats und bei der Entstehung der Europäischen Menschenrechtskonvention im November 1950.<sup>6</sup> Daran zeigt sich nicht nur das durchaus vorhandene britische Interesse an europäischen Einigungsbemühungen in den späten 1940er Jahren, sondern auch die Pluralität damaliger Europa-Debatten, die nicht zwangsläufig auf eine supranationale Integration im Sinne der späteren EG/EU hinausliefen. Vielmehr sahen die späten 1940er Jahre hitzig geführte Debatten zwischen Verfechtern supranationaler Integration und Advokaten lockerer intergouvernementaler Kooperation; die große Mehrheit der britischen Rufer im Streit sprach sich für letzteres Konzept aus.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Zit. nach Winston Churchill, Für ein vereintes Europa unter deutscher und französischer Führung, in: Hagen Schulze/Ina Ulrike Paul (Hrsg.), Europäische Geschichte. Quellen und Materialien, München 1994, S. 398–400, hier S. 399. Vgl. Felix Klos, Churchill's Last Stand. The Struggle to Unite Europe, London 2017. Für prominente Churchill-Bezüge in aktuellen Brexit-Debatten vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2016: „Was die EU stabilisieren wird – und was nicht“ (Joschka Fischer).

<sup>6</sup> Vgl. Marco Duranti, The Conservative Human Rights Revolution. European Identity, Transnational Politics, and the Origins of the European Convention, New York/Oxford 2017.

<sup>7</sup> Für einen gelungenen Überblick der zahlreichen Integrationsbestrebungen jener Zeit vgl. Wilfried Loth, Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt a. M. 2014, S. 9–64.

Man kann Churchill freilich auch anders lesen und die deutsch-französische Achse als zukünftigen Embryo einer europäischen Einigung sowie die Nichtbeteiligung Großbritanniens hervorheben. So betonten beispielsweise David Reynolds und John Ramsden das stark imperialistisch und angloamerikanisch geprägte Weltbild des ehemaligen Premierministers, der Großbritannien im Zentrum dreier überlappender Einflusskreise sah: des Empire beziehungsweise Commonwealth, der *special relationship* zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA und – aber eben nur an dritter Stelle – Europa.<sup>8</sup> Churchills einflussreiches Modell verdeutlicht eindrucksvoll die globale Rolle Großbritanniens zu jener Zeit: 1945 zählten das britische Empire sowie die *Dominions* (Kanada, Australien) über 700 Millionen Bürgerinnen und Bürger, in Großbritannien war fast ein Drittel der europäischen Industrieproduktion beheimatet, und ungefähr die Hälfte des Welthandels wurde in Pfund Sterling abgewickelt.<sup>9</sup> Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass Churchills Modell die Weltsicht britischer außenpolitischer Eliten jener Zeit reflektierte. Und auch für die Regierung unter Clement Attlee und dessen Außenminister Ernest Bevin (beide Labour-Partei) war zwischen 1945 bis 1951 letztlich der Erhalt von Großbritanniens globaler Machtstellung das überragende Motiv ihrer Außenpolitik.<sup>10</sup>

Die globale Rolle Großbritanniens war ein Hauptgrund dafür, dass sowohl die Regierung Attlee als auch die späteren konservativen Regierungen unter Anthony Eden und Harold Macmillan den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1950 und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 ablehnten. Allerdings entbrannte bereits kurze Zeit später eine bis heute eifrig geführte Debatte, ob diese Weltsicht auf realistischen Einschätzungen oder nicht vielmehr auf Wunschdenken beruhte. Der spezifische zeithistorische Kontext solch kritischer Studien, die nicht selten mit dem politischen und wirtschaftlichen Erfolg der EWG sowie mit Großbritanniens quasi gleichzeitigem Machtverlust zusammenfielen, wird insbesondere in den Arbeiten früherer Regierungsvertreter wie Anthony Nutting oder Roy Denman deutlich. Geblendet von Großbritanniens glorreicher Vergangenheit und der seines heroischen Kampfs im Zweiten Weltkrieg, so die gängige These, hätten britische Eliten die Zeichen der Zeit ignoriert und es versäumt, sich vorurteilsfrei den Einigungsbestrebungen auf dem europäischen Kontinent zu öffnen und die entstehenden europäischen Institutionen von Beginn an nach britischen Vorstellungen zu formen.<sup>11</sup> Die wohl

<sup>8</sup> Vgl. John Ramsden, *Man of the Century. Winston Churchill and his Legend since 1945*, New York 2002, S. 267–324, und David Reynolds, *In Command of History. Churchill Fighting and Writing the Second World War*, London 2005, S. 52.

<sup>9</sup> Vgl. David Reynolds, *Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century*, Harlow 2000, und Robert Self, *British Foreign and Defence Policy since 1945. Challenges and Dilemmas in a Changing World*, Basingstoke 2010.

<sup>10</sup> Vgl. Geoffrey Warner, *The Labour Governments and the Unity of Western Europe, 1945–1951*, in: Ritchie Owendale (Hrsg.), *The Foreign Policy of the British Labour Governments 1945–51*, Leicester 1984, S. 61–82.

<sup>11</sup> Vgl. Anthony Nutting, *Europe Will Not Wait. A Warning and a Way Out*, London 1960; Roy Denman, *Missed Chances. Britain and Europe in the Twentieth Century*, London 1996,

konzentrierteste Zusammenfassung dieser Sichtweise findet sich bei Hugo Young, der 1998 in seinem Buch „This Blessed Plot“ ein vernichtendes Urteil über die Entscheidungsträger der späten 1940er und 1950er Jahre fällt.<sup>12</sup>

Klischees von britischem Großmachtstreben und Empire-Nostalgie sind auch in heutigen Brexit-Debatten noch weit verbreitet.<sup>13</sup> Historikerinnen und Historiker bewerteten seit der Öffnung der Archive in den 1990er Jahren die britische Europapolitik wesentlich milder.<sup>14</sup> So gilt etwa die Nichtbeteiligung an der EGKS angesichts der damaligen Gegebenheiten als rationale Entscheidung der britischen Regierung. Zum einen sah sie keine ausreichenden wirtschaftlichen Vorteile, die es gerechtfertigt hätten, nationale Souveränität an die supranationale Hohe Behörde abzugeben. Zum anderen war der französische Vorschlag für eine Montanunion kaum mit der von britischer Seite gewünschten Sicherung einer globalen Führungsrolle basierend auf engst möglicher Bindung an die Vereinigten Staaten sowie dem Erhalt des Pfund Sterling als Weltreservewährung vereinbar. Doch vor allem wird die Behauptung, Großbritannien habe durch Nichtbeteiligung an der EGKS die Chance verpasst, Europa nach eigenen Vorstellungen zu formen, als Ex-post-Konstrukt beurteilt: Die EGKS sei als sektoral wie geografisch stark begrenzte Organisation zu verstehen, die seinerzeit keineswegs als Nukleus eines größeren europäischen Verbunds galt.<sup>15</sup> Überdies zeigte sich Großbritannien in den 1940er und 1950er Jahren in anderen, nicht supranational geprägten Bereichen der europäischen Zusammenarbeit durchaus konstruktiv, so insbesondere in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie bei der Gründung der Westeuropäischen Union und der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO).<sup>16</sup>

Komplizierter und ergebnisoffener entwickelte sich die Debatte über die britische Rolle bei der Gründung der EWG von der Messina-Konferenz im Juni 1955 bis zur Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 1957. Hier bleibt auch nach einer Vielzahl von Studien offen, ob Großbritannien durch eine abwartende

---

und Edmund Dell, *The Schuman Plan and the British Abdication of Leadership in Europe*, Oxford 1995.

<sup>12</sup> Vgl. Hugo Young, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, Woodstock 1998, S. 3.

<sup>13</sup> Vgl. Handelsblatt Global vom 3.4.2018: „View from Germany. Brits are in denial about their diminishing importance“; [global.handelsblatt.com/opinion/germany-brits-are-in-denial-brex-905941](http://global.handelsblatt.com/opinion/germany-brits-are-in-denial-brex-905941) [6.12.2018], und Politico vom 25.6.2016: „Britain’s Out. Now What?“; [www.politico.eu/article/britains-out-now-what-brex-2016-symposium-political-commentators-experts/](http://www.politico.eu/article/britains-out-now-what-brex-2016-symposium-political-commentators-experts/) [7.1.2019].

<sup>14</sup> Vgl. James Ellison, *Britain and Europe*, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), *A Companion to Contemporary Britain 1939–2000*, Oxford 2007, S. 517–538.

<sup>15</sup> Vgl. John W. Young, *Britain and European Unity, 1945–1999*, Basingstoke 2000, S. 26–32; Christopher Lord, *Absent at the Creation. Britain and the Formation of the European Community*, Aldershot 1996, und Alan S. Milward, *The United Kingdom and the European Community*, Bd. 1: *The Rise and Fall of a National Strategy, 1945–1963*, London 2002, S. 48–77.

<sup>16</sup> Vgl. Anne Deighton, *The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War*, Oxford 1990, und dies., *The Last Piece of the Jigsaw. Britain and the Creation of Western European Union, 1954*, in: *Contemporary European History* 7 (1998), S. 181–196.

bis negative Haltung den Bus oder das Boot nach Europa verpasste.<sup>17</sup> Zum einen gab es nach damaliger Faktenlage in der Tat gute Gründe, der EWG skeptisch gegenüberzustehen. So überstieg beispielsweise das Volumen des britischen Handels mit dem Commonwealth das Handelsvolumen mit den sechs Gründungsstaaten der EWG noch beträchtlich. Eine Zollunion mit einem gemeinsamen Außenhandelsstarif war dementsprechend nicht im britischen Interesse – insbesondere aufgrund einer Vielzahl von vorteilhaften Handelsabkommen mit Ländern des Commonwealth. Dementsprechend sahen Regierung wie Parlament durch eine britische Mitgliedschaft in der EWG die globale Handelsstrategie des Vereinigten Königreichs als gefährdet an.<sup>18</sup> Ebenso war die britische Skepsis gegen den Weg zu einer „immer engeren Union“, wenige Monate nach Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durchaus nachvollziehbar: Das Veto der französischen Nationalversammlung im August 1954 stellte auch außerhalb Großbritanniens einen herben Dämpfer für die damaligen Integrationsbemühungen dar.<sup>19</sup> Zum anderen jedoch war man sich in Großbritannien der politischen und wirtschaftlichen Nachteile eines längerfristigen Ausschlusses von einer kontinentaleuropäischen Zollunion durchaus bewusst. So warnte bereits im Oktober 1955 ein internes Kabinettsmemorandum, dass „langfristig die Nachteile einer Enthaltung die Vorteile überwiegen würden“.<sup>20</sup> Unklar ist, inwieweit die Regierung solchen Warnungen Gehör schenkte: Führende Minister wie Schatzkanzler Rab Butler oder Premierminister Anthony Eden zeigten sich jedenfalls an den EWG-Plänen kaum interessiert. Auch nach Öffnung der Archive bleibt also reichlich Spielraum, die britische Entscheidung, der EWG nicht beizutreten, unterschiedlich zu bewerten.

Folglich bleibt ebenso offen, ob diese Entscheidung letztendlich auf einer nüchternen – wenn auch vielleicht kurzsichtigen – Einschätzung britischer Interessen basierte oder ob kulturelle Prägungen und Emotionen den Blick der Entscheidungsträger entscheidend trübten. Als gesichert kann gelten, dass die überwiegende Mehrheit der Protagonisten auf britischer Seite immer noch in globalen Maßstäben dachte. Doch musste eine solch globale – und teilweise auch noch imperiale – Weltsicht nicht zwangsläufig in einer Ablehnung Europas münden. So argumentierte Benjamin Grob-Fitzgibbon, dass vom 17. Jahrhundert bis hin zum Ende des Empire in den 1960er Jahren eine imperiale Weltsicht durchaus mit dem Bewusstsein einer europäischen Identität Großbritanniens vereinbar sein

<sup>17</sup> Vgl. John W. Young, „The Parting of the Ways“? Britain, the Messina Conference and the Spaak Committee, June–December 1955, in: Michael Dockrill/John W. Young (Hrsg.), *British Foreign Policy 1945–56*, Basingstoke 1989, S. 197–224.

<sup>18</sup> Vgl. James Ellison, *Threatening Europe. Britain and the Creation of the European Community 1955–1958*, Basingstoke 2000.

<sup>19</sup> Zur britischen Haltung gegenüber der EVG vgl. Saki Dockrill, *Britain's Policy for West German Rearmament, 1950–55*, Cambridge 1991, und Kevin Ruane, *The Rise and Fall of the European Defence Community. Anglo-American Relations and the Crisis of European Defence 1950–1955*, Basingstoke 2000.

<sup>20</sup> Zit. nach Milward, *United Kingdom*, Bd. 1, S. 208.

konnte; mehr noch: „Ein Europäer zu sein, *hieß* Imperialist zu sein.“<sup>21</sup> Noch pointierter formulierte Timothy Garton Ash, der ebenfalls den Charakter des Kolonialismus als europäisches Phänomen betonte: „Der einzige Ort, an welchem sich die Briten wirklich als Europäer betrachteten, war Indien.“<sup>22</sup> Dementsprechend lässt sich zwar durchaus vermuten, dass die ebenso globale wie imperiale Weltsicht der britischen Entscheidungsträger eine gewisse Rolle bei der Ablehnung der EWG spielte, allerdings scheint diese Prädisposition eher zu Indifferenz und potenzieller Ignoranz gegenüber den Einigungsbestrebungen auf dem Kontinent geführt zu haben als zu grundsätzlicher Skepsis.

Inwiefern kann man also für den Zeitraum von 1945 bis 1961 von einem britischen Sonderweg sprechen? Primär ist die globale Ausrichtung britischer Außenpolitik zu nennen, die sich wie ein roter Faden durch diese Jahre zieht.<sup>23</sup> Strittig bleibt, ob die globale britische Strategie tatsächlich auf rein rationalen Überlegungen basierte oder ob ihr vielmehr subjektive Wahrnehmungen und Emotionen zugrunde lagen. In diesem Zusammenhang fällt in der Literatur die starke Dissonanz zwischen den oft teleologischen und akteurszentrierten Studien ehemaliger Politiker und Regierungsvertreter sowie den seit den 1990er Jahren vorherrschenden revisionistischen Arbeiten auf, die meist auf stark quellenlastigen Rekonstruktionen ministerialer Entscheidungsprozesse basieren. Es wäre gewinnbringend, diese parallelen, aber doch grundlegend unterschiedlichen Ansätze stärker miteinander zu verknüpfen. Insbesondere die Oral History bietet hierzu großes, aber bisher kaum genutztes Potenzial.<sup>24</sup> So zeigen beispielsweise Interviewsammlungen eindrucksvoll die globale Weltsicht, welche die Europa-bilder von Entscheidungsträgern wie Premierminister Harold Macmillan oder führenden Diplomaten wie Frank Roberts oft entscheidend prägten. Doch wie schlugen sich abstrakte kulturelle Prägungen in den Entscheidungsprozessen nieder? Die Zeitgeschichte könnte hier einen Beitrag für das bessere Verständnis des vermeintlichen britischen Sonderwegs leisten, indem sie die zeitgenössischen Deutungsmuster konsequent historisiert und mit den tatsächlichen politischen Entscheidungen verknüpft.

Darüber hinaus böte ein abstrakterer Vergleich der Debatte um den britischen Sonderweg mit den deutschen Sonderwegs-Debatten der 1960er Jahre interessante Perspektiven. So waren die stärksten Vertreter der These von einem deutschen Sonderweg vor allem in den USA lehrende deutsche Historiker, die vor den Nationalsozialisten geflohen waren; sie stellten der historischen Entwicklung Deutschlands ein positives – und teils idealisiertes – Bild der Entwicklung Großbritanniens und der

<sup>21</sup> Benjamin Grob-Fitzgibbon, *Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism*, Cambridge 2016, S. 8; Hervorhebung im Original.

<sup>22</sup> Timothy Garton Ash, *Is Britain European?*, in: *International Affairs* 77 (2001), S. 1–13, hier S. 4.

<sup>23</sup> Vgl. Milward, *United Kingdom*, Bd. 1, S. 2.

<sup>24</sup> Nicht zuletzt die Protokolle des „British Diplomatic Oral History Project“ (BDOHP) am Churchill College Cambridge sowie die kaum beachtete Interviewsammlung eines britischen BBC-Journalisten; vgl. Michael Charlton, *The Price of Victory*, London 1983.

Vereinigten Staaten als Prototypen der liberalen Demokratie gegenüber.<sup>25</sup> Analog dazu fanden sich in den britischen Europa-Debatten die Vertreter eines Sonderwegs vor allem unter ehemaligen Politikern und Regierungsvertretern, die der Zweite Weltkrieg geprägt hatte oder die eindringliche Erfahrungen im diplomatischen Dienst in Kontinentaleuropa gesammelt hatten. Dementsprechend wurde auch hier, häufig mit explizit proeuropäischer Stoßrichtung, der vermeintlichen Ignoranz Großbritanniens eine oft idealisierte Entwicklung der EWG gegenübergestellt.<sup>26</sup> Ein weiter gefasster und über die sechs Gründungsstaaten hinausgehender historischer Vergleich problematisiert dieses Narrativ jedoch stark. So teilten viele europäische Staaten wie Dänemark und Norwegen häufig sowohl die britische Kritik am supranationalen Charakter der EWG als auch die britische Präferenz für eine locker gefasste europäische Freihandelszone.<sup>27</sup> Und auch in Gründungsstaaten wie Frankreich und Westdeutschland war die EWG anfangs durchaus umstritten, wie nicht zuletzt Ludwig Erhards heftiger Widerstand gegen eine Zollunion zeigt.<sup>28</sup> Daher versprechen komparatistische Studien nicht nur eine signifikante Modifizierung der britischen Sonderrolle, sondern ebenso Antworten auf die allgemeinere Frage, weshalb sich das EWG-Modell letztendlich gegenüber dem von Großbritannien ebenso wie von den nordeuropäischen Ländern propagierten Freihandelsmodell durchsetzen konnte. Dies würde dazu beitragen die Geschichte der europäischen Integrationsgeschichte nicht als zwangsläufig von der EGKS zur EWG und letztlich zur EU führende Entwicklung zu verkürzen, sondern die Multipolarität und Offenheit der Europadebatten jener Zeit stärker in den Vordergrund zu stellen.<sup>29</sup>

### III. Ein Sonderweg zur EWG-Mitgliedschaft? 1961 bis 1973

Großbritanniens globale Rolle war spätestens in den 1960er Jahren ausgespielt, wie nicht zuletzt die letzte Welle der Dekolonialisierung sowie der militärische

<sup>25</sup> Vgl. Jürgen Kocka, Looking Back on the „Sonderweg“, in: Central European History 51 (2018), S. 137–142.

<sup>26</sup> So war beispielsweise Denman in den 1950er Jahren „First Secretary“ der britischen Botschaft in Bonn. Wie stark diese Erfahrungen Denmans Haltung zur europäischen Integration geprägt haben, lässt sich im Interview des BDOHP mit Denman vom 4.5.1999 erkennen; [www.chu.cam.ac.uk/media/uploads/files/Denman.pdf](http://www.chu.cam.ac.uk/media/uploads/files/Denman.pdf) [6.12.2018].

<sup>27</sup> Vgl. Matthew Broad, Harold Wilson, Denmark and the Making of Labour European Policy, 1958–72, Liverpool 2017, und Kristian Steinnes, The British Labour Party, Transnational Influences and European Community Membership 1960–1973, Stuttgart 2014.

<sup>28</sup> Vgl. Tim Geiger, Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Rudolf Hrbek/Volker Schwarz (Hrsg.), 40 Jahre Römische Verträge. Der deutsche Beitrag, Baden-Baden 1998, S. 50–64, und Clemens Wurm, Two Paths to Europe. Great Britain and France from a Comparative Perspective, in: Ders. (Hrsg.), Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration, 1945–1960, Oxford 1995, S. 175–200.

<sup>29</sup> Dies gilt insbesondere auch für die Frage von Kontinuitäten zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; vgl. Wolfgang Schmale, Geschichte Europas, Wien 2001; Florian Greiner, Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014, und Frank Bösch/Ariane Brill/Florian Greiner (Hrsg.), Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie, Göttingen 2012.

Rückzug von *East of Suez* deutlich machten.<sup>30</sup> Überdies sah sich das Land mit Währungs- und Wirtschaftskrisen konfrontiert, die nicht zuletzt das Ziel in Frage stellten, das Pfund Sterling als Weltreservewährung dauerhaft zu erhalten. Und auch das angloamerikanische Verhältnis wandelte sich in ein zunehmend einseitiges Abhängigkeitsverhältnis unter den Vorzeichen der bipolaren Weltordnung und des Kalten Kriegs. Der ehemalige US-Außenminister Dean Acheson beschrieb die britische Position in einer vielbeachteten Rede vor der Militärakademie in West Point im Dezember 1962 so:

„Großbritannien hat ein Empire verloren und noch keine neue Rolle gefunden. Der Versuch, eine gesonderte Rolle zu spielen – eine Rolle abseits von Europa, eine Rolle basierend auf der ‚special relationship‘ mit den Vereinigten Staaten, eine Rolle als Oberhaupt eines ‚Commonwealth‘, welcher keine politische Struktur oder Einheit oder Stärke aufweist und ebenso fragile wie prekäre Wirtschaftsbeziehungen mittels des Sterlingblocks und den Präferenzen für den britischen Markt besitzt – diese Rolle ist so gut wie ausgespielt. Es scheint, dass Großbritannien mit dem Versuch, alleine zu arbeiten und als Mittler zwischen den Vereinten Staaten und Russland zu fungieren, eine Politik verfolgt hat, welche ebenso schwach ist wie seine militärische Macht.“<sup>31</sup>

Achesons Rede zeigt deutlich, wie stark Großbritanniens Machtverlust mit der Annäherung des Lands an die EWG koinzidierte. Bereits wenige Jahre nach Gründung der EWG bewarb sich Großbritannien zweimal erfolglos um die Mitgliedschaft: 1961 bis 1963 unter dem konservativen Premierminister Macmillan sowie 1967 unter der Regierung Harold Wilsons (Labour-Partei). Über die grundlegende Motivation beider Bewerbungen herrscht in der historischen Forschung weitgehend Einigkeit: ein Mangel an Alternativen.<sup>32</sup> Ökonomisch kontrastierte das rasante Wachstum der EWG mit der relativen Stagnation der britischen Wirtschaft; die hastig ins Leben gerufene Europäische Freihandelszone EFTA stellte keine ernstzunehmende Alternative zur wesentlich potenteren EWG dar.<sup>33</sup> Und auch politisch führte die Erfolgsgeschichte der EWG bald zu einer klar sichtbaren

<sup>30</sup> Vgl. John Darwin, *Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-War World*, Basingstoke 1998.

<sup>31</sup> Zit. nach Douglas Brinkley, *Dean Acheson and the „Special Relationship“*. The West Point Speech of December 1962, in: *The Historical Journal* 33 (1990), S. 599–608, hier S. 601.

<sup>32</sup> Vgl. James Ellison, *Accepting the Inevitable. Britain and European Integration*, in: Wolfram Kaiser/Gillian Staerck (Hrsg.), *British Foreign Policy, 1955–64. Contracting Options*, Basingstoke 2000, S. 171–189; Richard Griffiths, *A Slow One Hundred and Eighty Degree Turn. British Policy Towards the Common Market, 1955–60*, in: George Wilkes (Hrsg.), *Britain's Failure to Enter the European Community 1961–63. The Enlargement Negotiations and Crises in European, Atlantic and Commonwealth Relations*, London 1997, S. 35–50, und Helen Parr, *Britain's Policy Towards the European Community, 1964–1967. Harold Wilson and Britain's World Role*, Abingdon 2005.

<sup>33</sup> Wobei der wirtschaftliche Abstieg Großbritanniens vor allem auf subjektiven Wahrnehmungen basierte und primär als „politische Ideologie“ zu lesen ist; vgl. Jim Tomlinson, *The Politics of Decline. Understanding Post-War Britain*, Harlow 2000.

– da nicht zuletzt effektiv inszenierten – Verschiebung der innereuropäischen Machtverhältnisse weg von Großbritannien hin zur EWG unter der Führung Frankreichs und Westdeutschlands.<sup>34</sup> In der Tat wurde die EWG auch außerhalb Europas zunehmend als politische Stimme des Kontinents wahrgenommen, was nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten unter Präsident John F. Kennedy dazu bewegte, die Briten offen zu einer EWG-Bewerbung zu drängen.<sup>35</sup> In gewisser Weise spiegeln die Bewerbungen von 1961 und 1967 also primär das Scheitern der globalen Strategie Großbritanniens wider – mit all den damit verbundenen Ressentiments, die in Achesons Rede mitschwangen.

Für die Historiografie haben sich die Debatten über das Scheitern der beiden britischen Bewerbungen um Aufnahme in die EWG freilich als wesentlich fruchtbarer erwiesen als die Debatten über ihre Ursprünge. Der französische Präsident Charles de Gaulle legte sein Veto ein, und auf den ersten Blick erscheinen seine Gründe klar: Frankreich befürchtete den Verlust der eigenen Vormachtstellung ebenso wie eine von Großbritannien herbeigeführte Änderung des politischen und wirtschaftlichen Charakters der EWG; französische Interessenspolitik führte dementsprechend zu de Gaulles Ablehnung der britischen Beitrittsgesuche.<sup>36</sup> Tatsächlich sollte sich der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Europamodellen Frankreichs, Westdeutschlands und Großbritanniens im Laufe der 1960er Jahre noch verschärfen, wobei die Bundesrepublik eine oft unbequeme Zwischenposition einnehmen musste.<sup>37</sup> Weit weniger fatalistisch ist demgegenüber das Urteil des britischen Historikers N. Piers Ludlow, der betonte, dass die von Großbritannien in den Beitrittsverhandlungen geforderten speziellen Handelsbedingungen für den Commonwealth und der Schutz der britischen Landwirtschaft zentrale Hindernisse für erfolgreiche Verhandlungen darstellten. Hätte die britische Delegation flexibler agiert und größere Konzessionen in Bereichen der Handels- und Agrarpolitik angeboten, so Ludlow, wäre de Gaulle gar nicht erst in die Position gekommen, den britischen Beitritt zu verhindern.<sup>38</sup> Auch Alan Milward schlussfolgerte in einer Art Synthese, dass das Scheitern der britischen EWG-Bewerbung

<sup>34</sup> Vgl. Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München 2001. Zu Adenauers indifferenten Haltung gegenüber Großbritannien vgl. Bernd Leupold, „Weder anglophil noch anglophob“. Großbritannien im politischen Denken Konrad Adenauers, Frankfurt a. M. 1997.

<sup>35</sup> Vgl. Eckart Conze, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963*, München 1995, und Nigel Ashton, *Kennedy, Macmillan and the Cold War. The Irony of Interdependence*, Basingstoke 2002.

<sup>36</sup> Vgl. Oliver Bange, *The EEC Crisis of 1963. Kennedy, Macmillan, De Gaulle, and Adenauer in Conflict*, Basingstoke 1999; mit ähnlicher Stoßrichtung vgl. Jeffrey G. Giauque, *Grand Designs and Visions of Unity. The Atlantic Powers and the Reorganization of Western Europe, 1955–1963*, Chapel Hill 2002.

<sup>37</sup> Vgl. N. Piers Ludlow, *The European Community and the Crises of the 1960s. Negotiating the Gaullist Challenge*, London 2006, und Tim Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008.

<sup>38</sup> Vgl. N. Piers Ludlow, *Dealing with Britain. The Six and the First UK Application to the EEC*, Cambridge 1997.

1961/63 letztendlich Ausdruck der tieferen Unterschiede zwischen dem europäischen Fokus französischer Wirtschafts- und Außenpolitik und der globalen Orientierung britischer Politik war.<sup>39</sup>

Im Kontext der Diskussion um einen britischen Sonderweg wirft ein schärferer Blick auf die Jahre zwischen 1961 und 1973 aber auch eine größere Frage auf: Wie wandelten sich britische Identitätskonstruktionen in jenem Zeitraum? Dabei bietet die zeitliche Nähe der EWG-Bewerbungen mit der letzten Phase der Dekolonialisierung reichlich Möglichkeiten, eine intellektuelle Verbindung zwischen dem Machtverlust Großbritanniens und einer vermeintlich antieuropäischen Haltung herzustellen. Insbesondere die skeptische Position von Teilen der Konservativen Partei, die virulente Opposition der erzkonservativen Massenzeitung *Daily Express* oder die berühmte Parteitagrede des Labour-Parteiführers Hugh Gaitskell im Oktober 1962, der einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWG als Ende der 1.000-jährigen Geschichte Großbritanniens geißelte, werden hierbei gerne zitiert.<sup>40</sup> So stellte beispielsweise Grob-Fitzgibbon noch vor kurzem eine fast kausale Verbindung zwischen dem Ende des Empire und dem britischen Europaskeptizismus her, der angeblich in jenem Zeitraum entstanden sei.<sup>41</sup> In anderen Studien ist allerdings eine wesentlich offenere und vielschichtigere Europa-Debatte zu erkennen. So hat George Wilkes in seiner immer noch unveröffentlichten Dissertation zur innenpolitischen Debatte über Großbritanniens erste EWG-Bewerbung gezeigt, dass diese von einem äußerst komplexen und differenzierten Diskurs geprägt war, in dem auch proeuropäische Positionen engagiert vertreten wurden.<sup>42</sup> Auch die publizistische Debatte war erstaunlich vielfältig: Während der *Daily Express* eine dezidierte anti-EWG (und auch anti-deutsche) Position vertrat, sprachen sich Zeitungen wie die *Daily Mail*, der *Manchester Guardian* oder auch der *Economist* offen für einen britischen EWG-Beitritt aus.<sup>43</sup> Der *Daily Mirror*, damals die auflagenstärkste Zeitung Großbritanniens, startete gar eine großangelegte Werbekampagne für die britische Mitgliedschaft, wobei ein EWG-Beitritt sowohl der notwendigen wirtschaftlichen Modernisierung Großbritanniens dienen als auch einer postimperialen europäischen Identität Vorschub leisten sollte.<sup>44</sup> Auch Michael Kenny und Nick Pearce zeigten in ihrer jüngst vorgelegten Studie, dass die alternative Vorstellung der *Anglosphere* als integraler Teil britischer Identität

<sup>39</sup> Vgl. Milward, *United Kingdom*, Bd. 1, S. 483.

<sup>40</sup> Vgl. Robert F. Dewey Jr., *British National Identity and Opposition to Membership of Europe, 1961–63. The anti-Marketeers*, Manchester 2009, S. 39–80 und S. 158.

<sup>41</sup> Vgl. Grob-Fitzgibbon, *Continental Drift*, S. 6 f.

<sup>42</sup> Vgl. George R. Wilkes, *British Attitudes to the European Economic Community, 1956–63*, unveröffentlichte Diss., Cambridge 2002.

<sup>43</sup> Vgl. George Wilkes/Dominic Wring, *The British Press and European Integration, 1948 to 1996*, in: David Baker/David Seawright (Hrsg.), *Britain For and Against Europe. British Politics and the Question of European Integration*, Oxford 1998, S. 185–205, hier S. 190–192.

<sup>44</sup> Vgl. Mathias Häußler, *The Popular Press and Ideas of Europe. The „Daily Mirror“, the „Daily Express“, and Britain’s First Application to Join the EEC, 1961–63*, in: *Twentieth Century British History* 25 (2014), S. 108–131.

rasant an Bindekraft verlor.<sup>45</sup> All dies spricht für die These Bernard Porters, dass es eben keine logische und unausweichliche Entwicklung vom Imperialismus hin zu einer tiefsitzenden Europaskepsis gegeben hat, sondern dass man auch eine Vielzahl anderer Ursachen in Rechnung stellen muss.<sup>46</sup>

Ein genauerer Blick auf die Forschungen zum Zeitraum 1961 bis 1973 zeigt sowohl bezüglich der Europapolitik der britischen Regierungen als auch hinsichtlich der postimperialen Identitätskonstruktionen ein wesentlich komplexeres und ergebnisoffeneres Bild als häufig angenommen. Doch führte das zweimalige Veto des französischen Präsidenten de Gaulle zu einem verfrühten Ende dieser großen Debatten und Anpassungsprozesse. Dennoch lassen die hier vorgestellten Studien eine gewisse Diskrepanz zwischen den politischen Eliten Großbritanniens und einer eher uninformierten, aber durchaus offenen Gesellschaft zumindest vermuten. So erweckte Ludlow beispielsweise den Eindruck, dass die vorsichtige und halbherzige Annäherung der britischen Regierung an die EWG in den frühen 1960er Jahren eher mit der Skepsis der politischen Elite Großbritanniens als mit den angeblichen Zwängen der öffentlichen Meinung zu tun hatte.<sup>47</sup> Gerade für die formativen Jahre zwischen 1961 und 1973 wäre es ein großer Gewinn, die innenpolitischen und kulturgeschichtlichen Dimensionen britischer Europa-Debatten stärker in das immer noch vorwiegend von Diplomatie- und Integrationshistorikern dominierte Forschungsfeld einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für das Instrumentarium einer Kulturgeschichte der Politik, das besonders gut dazu geeignet ist, die Verflechtungen von Außen- und Innenpolitik genauer zu untersuchen. Handelte es sich bei der oft postulierten Europaskepsis der Briten eventuell um Projektionen einer skeptischen politischen Elite? Welche Rolle spielten Parteien- und Meinungsforschungsinstitute?<sup>48</sup> Inwieweit beeinflussten diese innenpolitischen Dynamiken die Positionen und Perzeptionen britischer Europapolitik insbesondere auch bei Charles de Gaulle?

<sup>45</sup> Vgl. Michael Kenny/Nick Pearce, *Shadows of Empire. The Anglosphere in British Politics*, Cambridge 2018, S. 61–84.

<sup>46</sup> „Es gibt keine logischen Gründe, weshalb aus ehemaligen Imperialisten Anti-Europäer werden mussten“; Bernard Porter, *The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain*, Oxford 2006, S. 301; Hervorhebung im Original.

<sup>47</sup> Vgl. N. Piers Ludlow, *A Mismanaged Application. Britain and the EEC, 1961–1963*, in: Anne Deighton/Alan Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration. The European Economic Community 1957–1963*, Baden-Baden 1999, S. 271–286.

<sup>48</sup> Eine Frage, die auch eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zu allgemeineren zeithistorischen Forschungen der jüngsten Zeit bietet; vgl. Laura DuMond Beers, *Whose Opinion? Changing Attitudes Towards Opinion Polling in British Politics, 1937–1964*, in: *Twentieth Century British History* 17 (2006), S. 177–205; Kerstin Brückweh u. a. (Hrsg.), *Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980*, London 2012, und Kerstin Brückweh, *Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter*, Berlin/Boston 2015. Zur Diskrepanz zwischen politischen Eliten und tatsächlichen Lebenswirklichkeiten vgl. Florence Sutcliffe-Braithwaite, *Class, Politics, and the Decline of Deference in England, 1968–2000*, Oxford 2018.

Auch in vergleichender Perspektive sind die Jahre zwischen 1961 und 1973 interessant: Zunächst werfen die gescheiterten britischen Bewerbungen grundsätzlichere Fragen über den Charakter der EWG und ihre inneren Machtverhältnisse auf. Dies gilt insbesondere – wenn auch keineswegs ausschließlich – für das Dreiecksverhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. So war beispielsweise für Bundeskanzler Konrad Adenauer die deutsch-französische Freundschaft von weit größerer Bedeutung als eine britische EWG-Mitgliedschaft. Jedoch war dieser Standpunkt keineswegs unumstritten, sondern Teil hitziger innenpolitischer Auseinandersetzungen: Erzürnt von de Gaulles Veto setzte der Bundestag Ende Januar 1963 beispielsweise durch, dem deutsch-französischen Élysée-Vertrag eine Präambel voranzustellen, die die Verpflichtung zur engen politischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien betont.<sup>49</sup> In den kommenden Jahren sollten sich diese Debatten zwischen den „Atlantikern“, die eine engstmögliche Bindung Deutschlands an die Vereinigten Staaten und Großbritannien forderten, und den „Gaullisten“, die sich den europäischen Autonomiebestrebungen des französischen Staatspräsidenten verbunden zeigten, noch intensivieren.<sup>50</sup> Darüber hinaus öffnen die gescheiterten britischen Bewerbungen den Blick für das Verhältnis zwischen der EWG und anderen Foren europäischer Zusammenarbeit. So wäre insbesondere ein Vergleich der britischen Europapolitik mit europapolitischen Entwicklungen in Staaten wie Dänemark, Schweden, Österreich oder Irland von großem Interesse.<sup>51</sup> Auch für die allgemeinere europäische Integrationsgeschichte wäre dies durchaus gewinnbringend – nicht nur um die Stellung Großbritanniens differenzierter zu fassen, sondern auch um die Pluralität und Ergebnisoffenheit der europäischen Integration in den 1960er Jahren noch stärker herauszuarbeiten.<sup>52</sup>

#### IV. Ein Sonderweg in der EG? 1973 bis 1990

Am 1. Januar 1973 trat Großbritannien unter dem konservativen Premierminister Edward Heath der EG bei. Dem Narrativ vom Sonderweg tat das freilich keinen Abbruch. So ist in der – ab diesem Zeitraum vor allem von der Politikwissenschaft geprägten – Literatur geradezu selbstverständlich von „Reluctant Europeans“ oder von Großbritannien als „Awkward Partner“ in der EG die Rede.<sup>53</sup> Auch erste

<sup>49</sup> Vgl. Bange, *EEC Crisis of 1963*, und ders., *Deutschland und die britische Beitrittsfrage, 1960–1963*, in: Hrbek/Schwarz (Hrsg.), *40 Jahre Römische Verträge*, S. 278–290.

<sup>50</sup> Vgl. Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten*.

<sup>51</sup> Veröffentlichungen der letzten Jahre beleuchten in diesem Sinne zunehmend die Verflechtungen zwischen britischer und skandinavischer Europapolitik der 1950er und 1960er Jahre; vgl. Broad, Wilson, und Steinnes, *British Labour Party*.

<sup>52</sup> Vgl. Haakon A. Ikonomou/Aurélié Andry/Rebekka Byberg (Hrsg.), *European Enlargement Across Rounds and Beyond Borders*, Abingdon 2017.

<sup>53</sup> Vgl. David Gowland/Arthur Turner, *Reluctant Europeans. Britain and European Integration, 1945–1998*, Abingdon 2000, und Stephen George, *An Awkward Partner. Britain in the European Community*, Oxford 1990.

historische Übersichtswerke der europäischen Integrationsgeschichte der 1970er und 1980er Jahre kontrastieren eine oft als skeptisch oder destruktiv beschriebene Haltung Großbritanniens mit neuen deutsch-französischen Europainitiativen unter Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing beziehungsweise Helmut Kohl und François Mitterrand.<sup>54</sup> In der Tat bietet die Geschichte der 1970er und 1980er Jahre eine Vielzahl von Beispielen für eine britische Sonderrolle: die Neuverhandlungen der britischen Beitrittsbedingungen und das anschließende erste Referendum zur EG-Mitgliedschaft 1974/75, die Nichtteilnahme am Europäischen Währungssystem (EWS) 1979 und insbesondere Margaret Thatchers Kampf für den sogenannten Britenrabatt bis Mitte der 1980er Jahre. Die offensichtlich innenpolitisch motivierten europapolitischen Aktivitäten verschiedener britischer Regierungen legen zumindest auf den ersten Blick eine tief sitzende Europaskepsis der britischen Bevölkerung nahe, die den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger stark einschränkte. Sieht man jedoch genauer hin, so ergibt sich erneut ein wesentlich differenzierteres Bild der britischen Politik.

Die Europapolitik der britischen Regierungen in den 1970er Jahren ist nur im Kontext der größeren Krisen jener Zeit zu verstehen. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1971, der „Ölschock“ 1973 und das Ende des Nachkriegsbooms erschütterten das politische und wirtschaftliche Fundament der EG von Grund auf.<sup>55</sup> Konnten die Gründungsmitglieder den Integrationsprozess der 1950er und 1960er Jahre auf Basis soliden wirtschaftlichen Wachstums und stabiler transatlantischer Beziehungen aufbauen, so waren Großbritanniens erste Mitgliedsjahre von wirtschaftlicher Unsicherheit und scheinbarem integrationspolitischem Stillstand dominiert. Auch die amerikanische Unterstützung für das Projekt europäische Integration war in den frühen 1970er Jahren keine Selbstverständlichkeit mehr, wie die Auseinandersetzungen über Henry Kissingers berühmte „Year of Europe“-Rede im April 1973 zeigten.<sup>56</sup> Großbritannien, das von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders stark betroffen war, trat also einer zu-

<sup>54</sup> Vgl. Loth, *Europas Einigung*, S. 203–230, und Jürgen Elvert, *Die europäische Integration*, Darmstadt 2006, S. 101–103. Zu den deutsch-französischen Beziehungen jener Zeit vgl. Hélène Miard-Delacroix, *Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982)*, Bern 1993, und Matthias Waechter, *Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre*, Bremen 2011.

<sup>55</sup> Vgl. Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge 2011; Elisabetta Bini/Giuliano Garavini/Federico Romero (Hrsg.), *Oil Shock. The 1973 Crisis and its Economic Legacy*, London 2016, und Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael (Hrsg.), *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012.

<sup>56</sup> In einer vielbeachteten Rede forderte Kissinger damals eine Erneuerung der transatlantischen Zusammenarbeit. Allerdings wurde sein Vorstoß von den meisten Europäern aufgrund fehlender Konsultationen im Vorfeld sowie der von Kissinger postulierten Unterscheidung zwischen den regionalen Interessen Europas und den weltweiten Interessen Amerikas als Affront gewertet; vgl. Daniel Möckli, *European Foreign Policy During the Cold War*. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity, London 2009, und Aurélie Éliasa Gfeller, *Building a European Identity. France, the United States, and the Oil Shock, 1973–1974*, New York/Oxford 2012.

tiefst verunsicherten und scheinbar stagnierenden EG bei. Dies führte unter anderem dazu, dass die britische Strategie fehlschlug, die wenig vorteilhafte Position des Vereinigten Königreichs in den Wirtschafts- und Finanzstrukturen der EG durch graduelle Reformen schrittweise zu verbessern. Unter dem Eindruck der weltweiten Wirtschaftskrise zeigten sich führende Mitgliedstaaten wie die Bundesrepublik wenig geneigt, Großbritannien entgegenzukommen und finanzielle Lasten zu schultern.<sup>57</sup>

Innenpolitisch bedeutete der veränderte globale Kontext, dass sich die von der Regierung Heath versprochenen wirtschaftlichen Vorteile einer EG-Mitgliedschaft in den Augen der Bevölkerung nicht materialisierten. Dadurch verstärkten sich die innenpolitischen Grabenkämpfe über die britische EG-Mitgliedschaft, die bereits zum Zeitpunkt des Beitritts höchst umstritten war. Zwar versuchte der zutiefst von der britischen EG-Mitgliedschaft überzeugte Premierminister Heath, mit einer großangelegten Kampagne für den britischen Beitritt zu werben, doch hatten der zweimal gescheiterte Beitritt zur EWG und die schwierige wirtschaftliche Situation bereits zu einem Abebben der in den frühen 1960er Jahren noch weitgehend proeuropäischen Stimmung in der Bevölkerung gesorgt. Die Regierungskampagne war so nur mäßig erfolgreich, und bereits wenige Monate nach dem Beitritt gewannen die Gegner der EG-Mitgliedschaft Meinungsumfragen zufolge die Oberhand.<sup>58</sup>

Die Kombination aus Wirtschaftskrise, integrationspolitischer Stagnation und fehlendem nationalen Konsens führte in der Tat dazu, dass die britische Europapolitik in den 1970er Jahren nahezu komplett von innenpolitischen Dynamiken getrieben war. Insbesondere in der Labour-Partei befeuerte das Thema EG Kämpfe zwischen dem gemäßigten Flügel, der die EG-Mitgliedschaft als Möglichkeit zur Entwicklung eines kontinental geprägten sozialdemokratischen Modells verstand, und dem linken Flügel, der in der EG einen für den britischen Sozialismus gefährlichen kartellistisch-kapitalistischen Verbund sah.<sup>59</sup> Wilsons Neuverhandlung der britischen Beitrittsbedingungen 1974/75 mit einem anschließenden Referendum über den EG-Verbleib war daher vor allem ein Versuch, die Europa-Debatte aus dem Parteirahmen zu lösen und auf die nationale Ebene zu übertragen. Zwar war Wilson kurzfristig erfolgreich, denn das Referendum am 5. Juni 1975 ergab eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Verbleib in der EG, doch hatte dieser innenpolitische Erfolg einen hohen außenpolitischen Preis: Die innerparteilichen Grabenkämpfe auf Kosten der EG isolierten Großbritannien, festigten die deutsch-französische Achse unter Schmidt und Giscard und gaben dem Klischee von Groß-

<sup>57</sup> Vgl. Stephen Wall, *The Official History of Britain and the European Community*, Bd. 2: *From Rejection to Referendum 1963–1975*, Abingdon 2012; zum rasanten Wandel deutsch-französischer Europapolitik im Kontext der multiplen Krisen der frühen 1970er Jahre vgl. Claudia Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou. *Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise*, München 2012.

<sup>58</sup> Vgl. Robert Saunders, *Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain*, Cambridge 2018, S. 6 f.

<sup>59</sup> Vgl. Roger Broad, *Labour's European Dilemmas Since 1945. From Bevin to Blair*, Basingstoke 2001.

britannien als zauderndem oder gar destruktivem EG-Mitglied neue Nahrung.<sup>60</sup> Die Kontroversen über den ab 1979 von Thatcher geforderten „Brittenrabatt“ zeigten ein ähnliches Muster der bewussten Selbstinszenierung der Premierministerin als kompromisslose Kämpferin für britische Interessen in Brüssel.<sup>61</sup>

Es ist folglich verlockend, die innenpolitische Instrumentalisierung der Europapolitik auf eine tiefergehende Europaskepsis der britischen Bevölkerung zurückzuführen. Doch geben die wenigen Studien zur innen- und parteipolitischen Dimension der britischen Europapolitik der 1970er Jahre Anlass zur Skepsis, da sie die Heterogenität und Volatilität britischer Europa-Debatten betonen. So schrieben bereits Uwe Kitzinger und David Butler in ihrem zeitgenössischen Rückblick auf das Referendum von 1975, dass die britische Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft zwar umfassend, aber eben auch nicht besonders tiefgehend gewesen sei.<sup>62</sup> Robert Saunders bestätigte dieses Urteil in seiner vor kurzem veröffentlichten Studie und zeigte, dass das britische Votum für den Verbleib der EG primär im spezifischen zeithistorischen Kontext der 1970er Jahre gesehen werden sollte: In einem von tiefen Krisen geprägten Land war der Verbleib in der EG schlichtweg das geringere Risiko.<sup>63</sup> Erneut erscheint die britische Haltung zur europäischen Integration also eher indifferent und reaktiv und nicht grundsätzlich ablehnend. Dies wirft abermals Fragen bezüglich einer eventuellen Dissonanz zwischen Regierungshandeln und öffentlicher Meinung auf.

Darüber hinaus bietet die tatsächliche Europapolitik Großbritanniens in den 1970er und 1980er Jahren auch eine Vielzahl von Möglichkeiten, das Bild einer destruktiven britischen Europapolitik kritisch zu hinterfragen. Ein Blick über den britischen Tellerrand hinaus ist hier lohnend. So hat die historische Forschung jüngst gezeigt, dass die 1970er Jahre keineswegs einseitig als Jahre des integrationspolitischen Stillstands oder gar der Eurosklерose gesehen werden sollten, sondern vielmehr als Phase der institutionellen Erneuerung und Weichenstellung für spätere Entwicklungen in den 1980er Jahren.<sup>64</sup> Dies gilt insbesondere, wenn das Interesse über den Rahmen der EG-Institutionen hinaus reicht. Bei dem Versuch, zu einer Koordination einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu kommen, spielte Großbritannien beispielsweise eine äußerst positive und konstruktive Rolle, nicht zuletzt bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder im Rahmen der Europäischen Politischen Zu-

<sup>60</sup> Vgl. Mathias Häußler, A Pyrrhic Victory. Harold Wilson, Helmut Schmidt, and the British Renegotiation of EC Membership, 1974–5, in: *The International History Review* 37 (2015), S. 768–789.

<sup>61</sup> Vgl. Charles Moore, Margaret Thatcher. The Authorised Biography, Bd. 2: Everything She Wants, London 2015, S. 485–495, und Stephen Wall, A Stranger in Europe. Britain and the EU from Thatcher to Blair, Oxford 2008, S. 5–7.

<sup>62</sup> Vgl. David Butler/Uwe Kitzinger, *The 1975 Referendum*, Basingstoke 1976, S. 280.

<sup>63</sup> Vgl. Saunders, *Europe*.

<sup>64</sup> Vgl. Claudia Hiepel (Hrsg.), *Europe in a Globalising World. Global Challenges and European Responses in the „long“ 1970s*, Baden-Baden 2014, und Johnny Laursen (Hrsg.), *The Institutions and Dynamics of the European Community, 1973–83*, Baden-Baden 2014.

sammenarbeit.<sup>65</sup> Auch EG-Institutionen wie die Kommission oder das Europäische Parlament wurden von den neuen britischen Mitgliedern mehr oder weniger stark beeinflusst.<sup>66</sup> Und nach Beilegung des Haushaltsstreits Mitte der 1980er Jahre war es vor allem Margaret Thatcher, die sich als energische Verfechterin des Binnenmarkts profilierte und nachdrücklich für den Abbau von außertariflichen Handelsbarrieren, für Liberalisierungsprozesse im Transport- und Finanzsektor sowie für Freizügigkeit insbesondere im Dienstleistungssektor eintrat. Nicht zuletzt deshalb kann man in Großbritannien unter Thatcher durchaus eine entscheidende Triebkraft hinter der Europäischen Einheitsakte im Januar 1986 sehen.<sup>67</sup>

Großbritanniens erste Jahre in der EG zwischen 1973 und 1990 waren also keineswegs nur von Europaskeptizismus geprägt, sondern zeugten vielmehr von einem komplizierten Anpassungsprozess an strukturelle Realitäten der EG-Mitgliedschaft in einem äußerst turbulenten außen- und innenpolitischen Umfeld. Auch lassen sich viele britische Versuche erkennen, konstruktiv an der Entwicklung der EG mitzuwirken und diese nach eigenen Vorstellungen zu formen. Der Grund, weshalb altbekannte Sonderweg-Motive dennoch so wirkungsmächtig geblieben sind, lässt sich vor allem im Primat der Innenpolitik finden. Daraus resultierte nicht nur innenpolitisch eine auch heute noch weitverbreitete „Us-versus-Them“-Rhetorik, sondern auch außenpolitisch ein Gegensatz zu wichtigen EG-Partnern, die unangenehme und häufig kostspielige britische Forderungen bequem mit Verweis auf Stereotypen wie den britischen Egoismus in Europa abbügelten konnten.<sup>68</sup> Ob diese Entwicklungen jedoch tatsächlich die These vom Sonderweg Großbritanniens rechtfertigen, lässt sich sinnvoll nur im Rahmen historischer Vergleiche und multilateraler Studien beantworten. Dabei müssen insbesondere die gemeinsam mit Großbritannien beigetretenen Länder Irland und Dänemark sowie strukturschwache Gründungsstaaten wie Italien in die Untersuchung einbezogen werden.<sup>69</sup> Darüber hinaus bieten Großbritanniens erste

<sup>65</sup> Vgl. Tim Oliver/David Allen, Foreign Policy, in: Ian Bache/Andrew Jordan (Hrsg.), *The Europeanization of British Politics*, Basingstoke 2006, S. 187–200; Gabriele Clemens, „To speak with one voice“? Großbritannien, die EPZ und der Fall Zypern, 1974/1975, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hrsg.), *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 531–546, und Angela Romano, *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE*, Brüssel 2009.

<sup>66</sup> Vgl. Mechthild Roos, *Intra-Party Group Unity in the European Parliament Prior to its First Direct Elections in 1979*, in: *Parliamentary Affairs* 2018 (online), und N. Piers Ludlow, *Roy Jenkins and the European Commission Presidency, 1976–1980. At the Heart of Europe*, Basingstoke 2016.

<sup>67</sup> Vgl. Laurent Warloutet, *Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives*, London 2018, S. 196 f., und ders., *Britain at the Centre of European Co-Operation (1948–2016)*, in: *Journal of Common Market Studies* 56 (2018), S. 955–970.

<sup>68</sup> Zur Rolle Helmut Schmidts in deutsch-britischen Auseinandersetzungen in der Europapolitik jener Zeit vgl. beispielsweise Mathias Häußler, *Helmut Schmidt and British-German Relations. A European Misunderstanding*, Cambridge 2019.

<sup>69</sup> Zur Rolle Irlands und Italiens bei der Entstehung des Europäischen Währungssystems 1978/79 vgl. Emmanuel Mourlon-Druol, *A Europe Made of Money. The Emergence of the European Monetary System*, Ithaca/London 2012, S. 248–252 und S. 276 f.

Jahre in der EG zahlreiche Beispiele einer erfolgreichen Eingliederung in bestehende EG-Mechanismen, so etwa im Rahmen struktureller Anpassungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder anhand diverser Verzahnungs- und Europäisierungsprozesse auf parlamentarischer und intraparteilicher Ebene.<sup>70</sup> Hier eröffnen sich für zukünftige Forschungen vielerlei Möglichkeiten, das Sonderweg-Motiv weiter zu differenzieren und kritisch zu hinterfragen.<sup>71</sup>

## V. Ein Sonderweg aus der europäischen Integration? 1990 bis 2016

Die späten 1980er und frühen 1990er Jahre sahen profunde globale Machtverschiebungen sowie das Ende der Bipolarität des Kalten Kriegs. Während man auf der anderen Seite des Atlantiks von einem unaufhaltsamen Siegeszug einer liberal-kapitalistischen Weltordnung und vom „Ende der Geschichte“<sup>72</sup> sprach, entstand in Europa mit der EU ein neuartiges integrationspolitisches Regime, das die europäische Zusammenarbeit bis zum heutigen Tag entscheidend prägt. Interessanterweise datieren nicht wenige Historiker und Politologen auch die Ursprünge des heutigen britischen Europaskeptizismus auf diese Zeit.<sup>73</sup> Dies ist in zweierlei Hinsicht durchaus plausibel. Zum einen kam es in jenen Jahren durch den Maastrichter Vertrag, durch die Schaffung einer europäischen Währung sowie durch die EU-Osterweiterungen nicht nur zu einer Vertiefung und Verbreiterung der europäischen Integration, sondern auch zu zunehmenden Vorbehalten gegenüber dieser Entwicklung – nicht zuletzt in Großbritannien. Zum anderen fiel der britische Unmut über den Kurs der EU mit größeren Debatten über Großbritanniens postimperiale Identität und zukünftige Rolle in der Welt zusammen, die im Kontext der zusammenbrechenden bipolaren Weltordnung, der Globalisierung und einer gefühlten Machtverschiebung hin zum pazifischen Raum eine bedrückende Aktualität und Intensität erlangten.

In den Augen einiger zeitgenössischer britischer Kommentatoren schien die Zunahme des Europaskeptizismus vor allem an Entwicklungen in der EU selbst zu lie-

<sup>70</sup> Vgl. Martina Steber, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, München 2017, S. 355–422; für das linke politische Spektrum vgl. Christian Salm, *Transnational Socialist Networks in the 1970s. European Community Development Aid and Southern Enlargement*, Basingstoke 2016.

<sup>71</sup> Vgl. Michael Gehler, *Internationale Geschichte und ihre europäischen Zugänge. Von der Teilung und Westintegration bis zur politischen Vereinigung Europas*, in: Barbara Haider-Wilson/William D. Godsey/Wolfgang Müller (Hrsg.), *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis/International History in Theory and Practice*, Wien 2017, S. 165–206, und Kiran Klaus Patel, *Europäische Integration*, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hrsg.), *Dimensionen Internationaler Geschichte*, München 2012, S. 353–372.

<sup>72</sup> Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, London 1992.

<sup>73</sup> Vgl. Anthony Forster, *Eurocepticism in Contemporary British Politics. Opposition to Europe in the British Conservative and Labour Parties since 1945*, London 2002; Robert Ford/Matthew J. Goodwin, *Revolt on the Right. Explaining Support for the Radical Right in Britain*, London 2014, und Oliver Daddow, *The UK Media and „Europe“*. From Permissive Consensus To Destructive Dissent, in: *International Affairs* 88 (2012), S. 1219–1236.

gen. Nicht nur stießen teils überzogene Reden von einer „immer engeren Union“ und ambitionierte Pläne wie eine europäische Einheitswährung vielen britischen Politikern – jetzt zumeist konservativer Gesinnung – sauer auf. Ebenso schien die wirtschaftspolitische Philosophie der europäischen Partner Großbritanniens, und hierbei insbesondere die der EU-Kommission unter Führung des französischen Sozialisten Jacques Delors, mit der britischen Wirtschaftspolitik zu kollidieren, die sich unter Thatcher zunehmend an einem minimalistischen und neoliberalen Freihandelsmodell amerikanischer Provenienz orientierten. So diagnostizierte beispielsweise Andrew Gamble für die Zeit ab den späten 1980er Jahren die von politischen Eliten bewusst forcierte Konstruktion einer angloamerikanischen Wirtschaftsidentität Großbritanniens, die von Politik und Medien häufig in expliziten Gegensatz zu kontinentaleuropäischen Entwicklungen gesetzt wurde.<sup>74</sup> Doch blieb die Europapolitik Großbritanniens äußerst vielschichtig. So fanden sich beispielsweise in der konservativen Regierung unter John Major seit 1990 auch viele prominente Befürworter einer weitgehenden europäischen Integration des Lands wie Michael Heseltine oder Kenneth Clarke.<sup>75</sup> Ebenso gelang es Großbritannien, entscheidende Elemente des Vertrags von Maastricht nach eigenen wirtschafts- und handelspolitischen Vorstellungen zu gestalten und bei den EU-Erweiterungen der 1990er und 2000er Jahre ein gewichtiges Wort mitzureden.<sup>76</sup> Selbst da, wo man sich nicht durchsetzen konnte, erreichte Großbritannien zahlreiche Konzessionen und Sonderregelungen – die Briten beteiligten sich weder am Schengen-Abkommen noch an der Europäischen Währungsunion oder der Sozialcharta.<sup>77</sup>

Entscheidender als die EU-Politik für die Konjunktoren des britischen Europaskeptizismus scheinen vielmehr innerbritische Dynamiken zu sein. Es ging also weniger um die EU als solche, die europäischen Institutionen wurden seit den späten 1980er Jahren vielmehr zunehmend zu einer Projektionsfläche umfassender Auseinandersetzungen um die postimperiale Identität des Vereinigten Königreichs und insbesondere Englands. Die politische Potenz solcher Konstruktionen zeigt sich erst in diesem breiteren Kontext der Neuverhandlungen einer postimperialen Identität Großbritanniens, welche bereits in den Autonomiebestrebungen von Wales und vor allem Schottlands seit den 1970er Jahren einen ersten Ausdruck gefunden hatte.<sup>78</sup> So argumentierte beispielsweise Menno Spiering, dass sich der rasant wachsende Europaskeptizismus seit den späten 1980er Jahren vor allem auf englische Identitätskonstruktionen stützte, in denen Eng-

<sup>74</sup> Vgl. Andrew Gamble, *Europe and America*, in: Ben Jackson/Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 218–233.

<sup>75</sup> Vgl. Michael Heseltine, *The Challenge of Europe. Can Britain Win?*, London 1989.

<sup>76</sup> Vgl. Warloutzet, *Governing Europe*, und Nicolas Jabko, *Playing the Market. A Political Strategy for Uniting Europe, 1985–2005*, Ithaca 2006.

<sup>77</sup> Wobei freilich ergänzt werden muss, dass Großbritannien der Sozialcharta unter Tony Blair letztendlich doch beitrug.

<sup>78</sup> Vgl. Tom Nairn, *The Break-Up of Britain. Crisis and Neonationalism*, London 1977; Richard Weight, *Patriots. National Identity in Britain 1949–2000*, Basingstoke 2002, und Peter Mandler, *The English National Character. The History of an Idea from Edmund Burke to Tony Blair*, New Haven 2006, S. 229–240.

land bewusst als Gegenbild zu Europa definiert wurde. Diese oft historisch begründeten, teils bis zur Reformation zurückgreifenden Konstruktionen einer englischen Identität erlangten im postimperialen Kontext neuen Auftrieb. Sie besaßen eine spezielle Qualität, da diese englische Identität nicht nur im Gegensatz zur EU, sondern auch im Gegensatz zum europäischen Kontinent konstruiert wurde.<sup>79</sup> In ähnlicher Weise postulierte Ben Wellings, die Opposition zur europäischen Integration stelle gar einen konstituierenden Teil englischer Identitätskonstruktionen dar.<sup>80</sup> Interessanterweise diagnostizierten Kenny und Pearce für diesen Zeitraum analog auch ein Wiederaufleben der Idee der *Anglosphere*. Diese alternative, nicht-europäische Identität Englands auf globaler Bühne sei seit den späten 1980er Jahren hauptsächlich von konservativen Politikern sowie neoliberalen Meinungsmachern und Thinktanks propagiert worden.<sup>81</sup> Das Ende des Kalten Kriegs und der Zusammenbruch der bipolaren Nachkriegsordnung heizten diese Neuverhandlungen englischer Identität ab den 1990er Jahren zusätzlich an.

Doch wie ist der Einfluss dieser Prozesse auf die konkrete Europapolitik Großbritanniens zu sehen? Klar ist, dass die Konstruktionen einer englischen postimperialen Identität – explizit in Abgrenzung zu Kontinentaleuropa und zum europäischen Integrationsprozess formuliert – sowohl von Thatcher als auch von zahlreichen Weggefährten seit Mitte der 1980er Jahre forciert und ebenso für Kritik an EG und EU instrumentalisiert wurden.<sup>82</sup> Außenpolitisch spiegelte sich dies insbesondere in Debatten über die Wiedervereinigung Deutschlands wider, wo sich die skeptische britische Position zumindest öffentlich von der anderer europapolitischer Akteure unterschied; im Stillen teilte man in Paris und selbst im linksliberalen Bonner Establishment die britischen Sorgen über die Macht eines vereinten Deutschland.<sup>83</sup> Während jedoch Bundeskanzler Kohl mit der Einbettung des wiedervereinigten Deutschland in möglichst starke europäische Strukturen als Rückversicherung gegen nationalistische Machtpolitik warb, fürchtete insbesondere Thatcher eine Vertiefung der europäischen Integration als potenzielle Quelle deutscher Dominanz und Vormachtstellung.<sup>84</sup> Auch innenpolitisch

<sup>79</sup> Vgl. Menno Spiering, *A Cultural History of British Euroscepticism*, Basingstoke 2015.

<sup>80</sup> Vgl. Ben Wellings, *English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace*, Oxford/New York 2012.

<sup>81</sup> Vgl. Kenny/Pearce, *Shadows of Empire*.

<sup>82</sup> Vgl. Daddow, *UK Media*.

<sup>83</sup> Vgl. Ulrich Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011; Frédéric Bozo, *Mitterrand, la diplomatie française et la fin de la guerre froide*, Paris 2005, und Maurice Vaïsse/Christian Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à la unification allemande*, Paris 2011.

<sup>84</sup> Vgl. Lothar Kettenacker, *Britain and German Unification, 1989/1990*, in: Klaus Larres/Elizabeth Meehan (Hrsg.), *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000, S. 99–126; Sir Julian Bullard, *Great Britain and German Unification*, in: Jeremy Noakes/Peter Wende/Jonathan Wright (Hrsg.), *Britain and Germany in Europe, 1949–1990*, Oxford 2002, S. 219–230; George Urban, *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View*, London 1996, S. 118–157, und Timothy Garton Ash, *History of the Present. Essays, Sketches, and Dispatches from Europe in the 1990s*, London 2001, S. 50–56.

intensivierte sich der EU-Skeptizismus insbesondere in der Konservativen Partei in den 1990er Jahren, was sich nicht zuletzt in den Debatten über Großbritanniens Austritt aus dem EWS 1992 und der Gründung von James Goldsmiths *Referendum Party* sowie der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) zeigte.<sup>85</sup> Zwar überschattete der gemäßigt proeuropäische Kurs der *New Labour*-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown diese Dynamiken für einige Jahre, doch bei den oppositionellen Konservativen fand diese Form des englischen Europaskeptizismus in den 1990er und 2000er Jahren weiterhin zunehmende politische Akzeptanz.<sup>86</sup> So ist das folgenschwere Versprechen David Camerons im Januar 2013, in der nächsten Wahlperiode ein Referendum über Großbritanniens EU-Mitgliedschaft abzuhalten, auch primär als Reaktion auf starken innerparteilichen Druck durch den europaskeptischen Flügel der Tories sowie den Aufstieg der UKIP in den politischen Mainstream Großbritanniens zu interpretieren.<sup>87</sup>

Zwar ist es verlockend, das Resultat des Brexit-Referendums als gleichsam zwangsläufige Konsequenz dieser Vorgeschichte zu sehen, doch geben erste sozialwissenschaftliche Befunde Anlass zur Skepsis. Hervorzuheben ist insbesondere die enorme Kontingenz, von der die politischen Entwicklungen rund um das Referendum geprägt waren. So überschatteten die Grabenkämpfe in der Konservativen Partei unter Cameron die Debatte stark, da das Thema Europa für die Konservativen eine wesentlich größere Bedeutung einnahm als für die meisten anderen politischen Parteien und die breitere Bevölkerung. Julie Smith argumentierte in diesem Zusammenhang, das Referendum sei überhaupt nur wegen Camerons überraschender Regierungsmehrheit bei den Wahlen im Mai 2015 zustande gekommen. Eine Neuauflage der Koalition mit den Liberaldemokraten unter Nick Clegg hätte ein Referendum verhindert, zumal auch die Labour-Partei unter Ed Miliband ein Referendum ablehnte.<sup>88</sup> Es hatte aber auch andere Gründe, dass sich letztlich eine Mehrheit für den Brexit fand: die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arm und Reich, die Effekte der Finanz- und Eurokrise und nicht zuletzt die Furcht vor ungesteuerter Einwanderung. Zwar spielten Ideen und Konzepte einer britischen Sonderrolle in der EU sowie in der allgemeineren europäischen Geschichte durchaus eine gewisse Rolle in der öffentlichen Debatte, doch waren sie lediglich Teil einer äußerst heterogenen und oft diffusen Auseinandersetzung, die laut ersten Befunden vor allem vom Thema

<sup>85</sup> Insbesondere an der Frage des britischen Austritts aus dem EWS entzündete sich eine Vielzahl europapolitischer Kontroversen in der Konservativen Partei; vgl. William Keegan/David Marsh/Richard Roberts, *Six Days in September. Black Wednesday, Brexit and the Making of Europe*, London 2017; Helen Thompson, *The British Conservative Government and the European Exchange Rate Mechanism*, London 1996, und Matthew Goodwin/Caitlin Milazzo, *UKIP. Inside the Campaign to Redraw the Map of British Politics*, Oxford 2015.

<sup>86</sup> Vgl. Oliver Daddow, *New Labour and the European Union. Blair and Brown's Logic of History*, Manchester 2011.

<sup>87</sup> Vgl. Julie Smith, *David Cameron's EU renegotiation and referendum pledge. A case of déjà vu?*, in: *British Politics* 11 (2016), S. 324–346.

<sup>88</sup> Vgl. ebenda.

(EU-)Einwanderung dominiert und letztendlich entschieden wurde.<sup>89</sup> Es spricht dementsprechend einiges dafür, das Ergebnis des Referendums vor allem als Resultat der spezifischen historischen Situation der letzten Jahre zu betrachten – aufgeladen von hitzigen Kampagnen und wankelmütigen Protagonisten wie Boris Johnson.<sup>90</sup> Ob es sich beim britischen EU-Austritt tatsächlich um einen Sonderweg handelt oder ob die wachsende EU-Skepsis in anderen Mitgliedstaaten demnächst zu weiteren Austritten, und damit vielleicht sogar zu einem Zerfall der EU führen könnte, bleibt abzuwarten.

## VI. Fazit und Ausblick

Zieht man abschließend Bilanz, so ist zunächst festzustellen, dass sich die These eines britischen Sonderwegs in der europäischen Integrationsgeschichte so nicht halten lässt. Freilich stand Großbritannien einzelnen Institutionen wie der EGKS und der EWG sowie der EG und EU skeptischer gegenüber als die Gründungsstaaten. Der Grund dafür ist nicht zuletzt in der noch immer global ausgerichteten Außen- und Wirtschaftspolitik des Vereinigten Königreichs in der Nachkriegszeit und den daraus resultierenden Pfadabhängigkeiten zu sehen. Doch zugleich spielte Großbritannien eine wesentlich konstruktivere, oftmals gar aktive Rolle, wenn es um eine allgemeiner definierte europäische Zusammenarbeit ging, insbesondere in sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Auch gab Großbritannien in der EG wichtige integrationspolitische Anstöße, nicht zuletzt bezüglich der Europäischen Einigungsakte und des Binnenmarkts. Ebenso ist in vergleichender Perspektive festzuhalten, dass britische Positionen keineswegs immer Außenseiterpositionen waren, sondern nicht selten von europäischen Partnern wie insbesondere den skandinavischen Ländern, Irland oder Italien geteilt wurden. Selbst die europaskeptische Wende der jüngsten Zeit ist keineswegs auf Großbritannien beschränkt, sondern kann durchaus im Kontext eines generelleren Wandels der öffentlichen Meinung zu Europa gesehen werden – man denke nur an die negativen EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 oder an aktuelle Entwicklungen in Süd- und Osteuropa.

Komplizierter gestaltet sich die Einordnung des Motivs einer historisch begründeten und gleichsam inhärenten britischen Europaskepsis. Diese Idee, so zeigt dieser Forschungsbericht, ist zwar einerseits weit verbreitet und auch prominent in historischen Studien vertreten, sie genoss jedoch andererseits erst seit den späten 1980er Jahren breitere politische Akzeptanz. Zwar waren auch frühere Jahrzehnte von Gleichgültigkeit und milder Skepsis gegenüber der europäischen Integration

<sup>89</sup> Die bisher umfassendste Analyse des Referendums von 2016, basierend auf umfangreichen Meinungsforschungsdaten des Zeitraums von 2004 bis 2017, findet sich in Harold D. Clarke/Matthew Goodwin/Paul Whiteley, *Brexit. Why Britain Voted to Leave the European Union*, Cambridge 2017.

<sup>90</sup> Zwar profilierte sich Johnson bereits während der 1980er Jahre als EU-kritischer Journalist in Brüssel, seine Position im Referendum 2016 blieb jedoch bis wenige Wochen vor der Abstimmung unklar. Zu Johnsons Brüsseler Jahren vgl. Andrew Gimson, *Boris. The Rise of Boris Johnson*, London 2012, S. 97–106.

geprägt, doch blieben dezidiert antieuropäische Affekte eher die Ausnahme. Vielmehr zeigt eine Analyse der Forschung, dass die britische Haltung zur europäischen Integration nach 1945 äußerst volatil und starken Schwankungen unterworfen war. Sogar kurze Momente einer britischen *Europhoria* lassen sich ausmachen, insbesondere im Kontext der ersten EWG-Bewerbung Anfang der 1960er Jahre.

Der heutige Europaskeptizismus als scheinbar ewige Konstante britischer oder englischer Identität nahm demnach paradoxerweise erst in den 1990er Jahren konkrete Gestalt an – trotz der oft postulierten jahrhundertelangen Kontinuitätslinien im britischen Europabild.<sup>91</sup> Eine zunehmende Verflechtung der britischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit europäischen Institutionen und Partnern ging also offenbar Hand in Hand mit einem wachsenden Europaskeptizismus.

Wie lassen sich diese beiden Entwicklungen mit den Werkzeugen des Zeithistorikers sinnvoll miteinander verknüpfen? Bezüglich Großbritanniens Europapolitik gilt es zunächst, den Blick auf aktuelle Forschungsentwicklungen zu werfen. Bereits seit einiger Zeit wird die vermeintliche Insularität der britischen Zeitgeschichte bemängelt, die selbst heute oftmals geradezu selbstverständlich von einem gewissen historischen Exzeptionalismus des Vereinigten Königreichs auszugehen scheint.<sup>92</sup> Doch bieten aktuelle Forschungstrends der europäischen Integrationsgeschichte geradezu ideale Anknüpfungspunkte, britische Entwicklungen in einen größeren Kontext einzubetten, zumal sich diese Subdisziplin der Geschichtswissenschaft zunehmend von einer traditionellen Diplomatie- oder Politikgeschichte entfernt. Hier können transnationale Studien und neue analytische Zugänge wie Europäisierung oder Europäistik dazu dienen, die zunehmenden Verflechtungen europäischer Länder und Gesellschaften nach 1945 besser zu erfassen.<sup>93</sup> Dabei zeigt sich ein wesentlich komplexeres Bild; insbesondere die These einer Europäisierung Großbritanniens seit den 1970er Jahren gerät in den Blick.<sup>94</sup> Darüber hinaus scheint gerade wegen der überragenden Bedeutung innenpolitischer Dynamiken für die britische Europapolitik das methodische Instrumenta-

<sup>91</sup> Vgl. Spiering, *Cultural History of British Euroscepticism*, und Wellings, *English Nationalism and Euroscepticism*.

<sup>92</sup> Vgl. Kerstin Brückweh/Martina Steber, *Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuaufstellungen der britischen Zeitgeschichte des Politischen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 671–701, und Richard J. Evans, *Cosmopolitan Islanders. British Historians and the European Continent*, Cambridge 2009.

<sup>93</sup> Vgl. Wolfram Kaiser/Kiran Klaus Patel, *Multiple connections in european co-operation. International organizations, policy ideas, practices and transfers 1967–92*, in: *European Review of History* 24 (2017), S. 337–357; Gehler, *Internationale Geschichte*, in: Haider-Wilson/Godsey/Müller (Hrsg.), *Internationale Geschichte*; Patel, *Europäische Integration*, in: Düllfer/Loth (Hrsg.), *Dimensionen*, und Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Michael Gehler (Hrsg.), *Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83*, Basingstoke 2010; Gabriele Clemens (Hrsg.), *The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process*, Stuttgart 2017, und Martin Conway/Kiran Klaus Patel, *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Basingstoke 2010.

<sup>94</sup> Vgl. Bache/Jordan (Hrsg.), *Europeanization of British Politics*, und Mark Gilbert, *The Significance of British Entry into the European Community in 1973*, in: Antonio Varsori/Guia Migani (Hrsg.), *Europe in the International Arena During the 1970s. Entering a Different World*, Brüssel 2011, S. 71–84.

rium der Kulturgeschichte des Politischen lohnend. So verspricht beispielsweise eine Analyse der Wechselwirkungen und eventuellen Diskrepanzen zwischen dem Europadiskurs politischer Eliten und deren Rückkopplung in der Gesellschaft reichhaltigen Erkenntnisgewinn insbesondere im Sinne aktueller Forschungen zur Politik- und Wählerkommunikation in Großbritannien nach 1945.

Und vielleicht liegt auch gerade in einem dezidiert zeithistorischen Zugriff die Möglichkeit, das vermeintliche Paradox zwischen einer mutmaßlichen Europäisierung Großbritanniens und dem zeitgleich wachsenden Europaskeptizismus des Lands etwas zu entschlüsseln. Bereits seit einigen Jahren debattieren Integrationshistoriker so angeregt wie kritisch grundsätzliche Fragen der tatsächlichen und vermeintlichen Einzigartigkeit des europäischen Integrationsprozesses nach 1945.<sup>95</sup> So argumentierte beispielsweise Kiran Klaus Patel, dass die Originalität der EG und EU nicht so sehr in ihrem institutionellen Charakter zu finden sei, als vielmehr in ihrer bewussten Selbstinszenierung als neuartige und revolutionäre Form der europäischen Zusammenarbeit nach 1945.<sup>96</sup> Dies deckt sich mit dem zunehmenden allgemeineren Interesse an den narrativen Konstruktionen Europas, in denen EG und EU häufig mit Europa gleichgesetzt wurden und werden.<sup>97</sup> Doch fällt auf, dass dieser Prozess der Selbstlegitimation keineswegs in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen auf Akzeptanz stößt, am wenigsten wohl in Großbritannien. Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in der unterschiedlichen Funktion der Weltkriege in diesen konkurrierenden Europa-Narrativen. Während in den Gründungsstaaten wie Frankreich und Deutschland die traumatische Kriegserfahrung graduell in ein positives Integrationsnarrativ eingebettet wurde, zehrt der englische Europaskeptizismus weiterhin von einer bewussten Identitätskonstruktion gegen EG und EU, die unter anderem mit der Sonderrolle Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg begründet wird.<sup>98</sup> Aufgabe des Zeithistorikers ist es, die Genese dieser unterschiedlichen Europa-Narrative in ihren spezifischen Kontexten zu untersuchen und die politischen oder persönlichen Motive der jeweiligen Protagonisten herauszuarbeiten. Ein solcher Zugriff mag auch Antworten auf die Frage bringen, wie die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen dem politisch-kulturell konstruierten Motiv des britischen Sonderwegs in Europa und der letztendlichen Normalität britischer Europapolitik analytisch besser zu greifen sind.

<sup>95</sup> Zur institutionellen Originalität vgl. Ulrich Lappenküper/Guido Thiemeyer (Hrsg.), *Europäische Einigung im 19. und 20. Jahrhundert. Akteure und Antriebskräfte*, Paderborn 2013.

<sup>96</sup> Vgl. Kiran Klaus Patel, *Provincialising European union. Co-operation and Integration in Europe in a Historical Perspective*, in: *Contemporary European History* 22 (2013), S. 649–673.

<sup>97</sup> Vgl. Mark Gilbert, *Narrating the Process. Questioning the Progressive Story of European Integration*, in: *Journal of Common Market Studies* 46 (2008), S. 641–662.

<sup>98</sup> Vgl. David Reynolds, *Britain, the Two World Wars, and the Problem of Narrative*, in: *Historical Journal* 60 (2017), S. 197–231.